

=====

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!

(Karl Liebknecht)

=====

DER SPARTAKIST



=====

ORGAN DER INTERNATIONALEN

(Sektion der Vierten Internationale)

KOMMUNISTEN

ÖSTERREICHS

Feber/März

Nr. 52/53

Preis S 2.-

=====

ZUR LAGE IN ÖSTERREICH

=====

Der Staatsvertrag

Im ersten Entwurf für das Budget 1950 war eine Post von 750 Millionen Schilling für die "Durchführung des Staatsvertrages" vorgesehen. Diese Post ließ Margaretha im zweiten Entwurf fallen, "da mit dem Abschluß des Staatsvertrages im Jahre 1950 nicht mehr zu rechnen ist". Dies bedeutet nicht, daß die Massen um 750 Millionen weniger Steuern zahlen müssen (das Margaretha-Budget ist um keinen Schilling geringer als das seines Vorgängers), sondern nur, daß die österreichische Bourgeoisie den "Staatsvertrag" für 1950 bereits abgeschrieben hat, mit der Fortdauer der Besetzung rechnet.

Wenn sich die Bourgeoisie mit der Besetzung auf unbestimmte Zeit abfinden muß, so tut sie dies nicht mit Begeisterung, aber sie hat sich daran gewöhnt, sich realistisch in der gegebenen Lage einzurichten. Die Besetzung hat nicht nur Nachteile, sondern auch Vorteile für die Herrschaft der Kapitalisten gebracht. Sie verdankt ihr, daß sie dem Schicksal der Bourgeoisien in den Ländern Osteuropas entgangen ist. Sie verdankt ihr aber auch, daß eine mächtigere Entfaltung des Klassenkampfes wie in Italien und Frankreich durch das Bleigewicht der Besetzung verhindert wurde. Und schließlich hat sie den Massen gegenüber, auf die sie alle Belastungen, nicht nur die durch die Besetzung verursachten, abwälzt, immer eine gute Ausrede bei der Hand: "Die Besetzung ist schuld".

Wenn die österreichische Bourgeoisie, die einen Krieg verloren hat, ihre Lage z.B. mit der der französischen, die den Krieg "gewonnen" hat, vergleicht, so muß sie feststellen, daß es ihr nicht besser aber auch nicht schlechter geht als dieser. Die relative Stabilisierung ihrer Herrschaft ging bei der österreichischen Bourgeoisie ebenso auf Kosten der erhöhten Abhängigkeit vom amerikanischen Imperialismus wie bei der französischen.

=====

INHALT: Zur Lage in Österreich - Bankrott der Labour-Politik -
An die Leitung und an die Mitglieder der kommunistischen
Partei Jugoslawiens - Druckfehlerberichtigung

=====

Die Bourgeoisie ist sich klar darüber, daß der Abschluß des "Staatsvertrages" von der Entwicklung der Beziehungen zwischen der SU und den westlichen Imperialisten abhängt. Aber sie steht keinesfalls neutral diesen Beziehungen gegenüber, sie nimmt faktisch, ihren Klasseninteressen folgend, am Kalten Krieg im Lager der Imperialisten teil. In dieser Frage "scheint" jetzt der neofaschistische, großdeutsche Flügel der Bourgeoisie aus der Reihe zu tanzen. Kraus wirft der Regierung vor, daß sie nur westlich orientiert und nicht neutral sei. Ist dies reine Demagogie oder steckt da ein bestimmtes politisches Ziel dahinter? Es ist beides zugleich. Selbstverständlich hat auch der neofaschistische Flügel der österreichischen Kapitalisten nicht die geringsten Sympathien für die SU, nicht das geringsten Bedürfnis in einer "Volksdemokratie" aufzugehen, aber er hat andere außenpolitische Ziele als der ÖVP-Flügel. +) Er vertritt die Interessen der wiedererstarkenden deutschen Monopolbourgeoisie. Diese sieht in einer selbständigen, die Gegensätze zwischen USA-Imperialismus und SU geschickt ausnützenden Politik eine Möglichkeit, wieder hochzukommen. Sie will sich nicht mit einer halb-kolonialen Stellung wie die österreichische zufrieden geben. Die deutschen Monopolkapitalisten verlangen einen höheren Preis für die Eingliederung in den Atlantikpakt, in die allimperialistische Front gegen die SU als die Figl, Gruber & Co., deshalb ist Kraus für eine "neutrale" und keine "westliche" Politik.

Wie steht es mit der "Neutralität" der "Dritten Kraft", die 1945 ausgezogen ist, die Welt zu erben? Die Phrasen von der "striktesten Neutralität", die im Aktionsprogramm der SP aufscheinen, haben die Schärf, Pollak & Co. niemals ernst genommen. Sie sind offen ins Lager des amerikanischen Imperialismus übergelaufen. Sie sprechen es offen aus, daß, wenn sie sich zwischen dem "fortschrittlichen Kapitalismus in Amerika" und der "totalitären Sowjetunion" entscheiden müssen, sie ohne Zögern auf die Seite des ersteren treten werden. Sie haben den Marshallplan++) und die "Friedenspolitik" des amerikanischen Imperialismus. Sie wetteifern mit der ÖVP; so oft wie möglich zu erklären, daß nur die "Russen" am Nichtzustandekommen des "Staatsvertrages" schuld seien, die "demokratischen Länder" hätten ihr Möglichstes getan. Wenn 1945/46 die Pollak, Czernetz & Co. den "demokratischen Sozialismus", die "Dritte Kraft" den Massen als die einzige Alternative hinstellten, so ist dies heute anders, die einzige Alternative ist der "fortschrittliche" amerikanische Kapitalismus geworden. Daher gibt es außenpolitisch überhaupt keine Differenzen zwischen SP und ÖVP, es sei denn, daß sie sich von Zeit zu Zeit darüber in die Haare geraten, wenn sie dem USA-Imperialismus beweisen wollen, wer sein besserer Lakai sei.

Die jämmerlichste Haltung zum "Staatsvertrag" nimmt die Stalinpartei ein. In dieser Frage hat sie sich vor den Massen am meisten kompromittiert. Die stalinistischen Führer in Österreich gehören zu den armseligsten Kreaturen im Lager der Stalinbürokratie. Sie haben alle Wendungen und Manöver des Kreml mitgemacht, ohne sich nur einen Augenblick darüber Rechenschaft zu geben, was sie gestern vertreten haben. Sie waren die besten österreichischen Patrioten 1945/46, ihr Patriotismus ging soweit, daß sie ein Stück von Bayern und von Deutschland Reparationen verlangten. Sie waren die größten Lobhudler Titos und deckten dessen Aspirationen auf Südkärnten, bis 1948 Tito vom

+) Wenn es der Stalinpartei gelingt, hier und da einen Agenten in die Reihen der Neonazis einzuschmuggeln, oder wenn umgekehrt ehemalige faschistische Bürokraten zu Stalinbürokraten werden, so haben deren Ansichten natürlich nichts mit den politischen Zielen der Neonazis zu tun.

++) Pittermann hat im Parlament gesagt, der Marshallplan bedeute für Österreich den Übergang von den Erben zu den Schnitzeln!?

Kreml fallengelassen wurde. Sie decken die Besetzungsmethode der SU und gehen über die geforderten Reparationen hinweg. Aber sie sind mit keinem Wort für das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes und für einen Vertrag ohne Kontributionen und Reparationen eingetreten. In der praktischen Auswirkung macht diese die Interessen der Massen mißachtende Politik der SP und der ÖVP die Mauer, sie erleichtert es diesen, den räuberischen USA-Imperialismus als wahren "Friedensengel" und "Freund des österreichischen Volkes" hinzustellen.

Die Kapitalisten hat die Besetzung nicht gehindert, ihre Profitwirtschaft wieder aufzubauen, den arbeitenden Massen dagegen hat diese nur schwerste Belastungen gebracht. In der fünf Jahre nach Kriegsende noch immer andauernden Besetzung drücken sich die Niederlagen der Weltarbeiterklasse aus. Dank SP und Stalinpartei ist die Weltarbeiterklasse kein Machtfaktor geworden, der die Organisation des Friedens entscheidend beeinflusst hätte. Der Imperialismus und der Kreml, beides keine Perspektiven für die Arbeitermassen, machen ihren "Frieden" auf dem Rücken derselben.

Wenn wir internationalen Kommunisten zu dem "Staatsvertrag" Stellung nehmen, so dürfen wir nicht die geringsten Illusionen über ihn innerhalb der Arbeiterklasse aufkommen lassen. Der Kampf gegen die Besetzung kann weder auf der Linie einer abstrakten Neutralität, noch auf der der Unterwerfung unter die Besetzungsmethoden des Kreml geführt werden. Er kann nur auf der Linie der unabhängigen revolutionären Kritik gegen den Imperialismus und gegen den Kreml geführt werden. Wenn wir für den Abschluß eines Friedensvertrages ohne Annexionen und Kontributionen und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintreten, so schenken wir keinen Augenblick weder den in- oder den ausländischen Kapitalisten samt ihren Lakaien, noch der Stalinbürokratie das Vertrauen, daß sie einen solchen Frieden, einen solchen Staatsvertrag abschließen werden. Die Arbeiterklasse kann weder von der einen noch von der andern Seite Unterstützung erwarten. Die einzige Unterstützung, die die Arbeiterklasse Österreichs in ihrem Kampfe gegen die Besetzung und für einen gerechten Frieden zu erwarten hat, ist die Solidarität der Weltarbeiterklasse. Es hängt von der Entwicklung des internationalen Klassenkampfes ab, wie der Staatsvertrag aussehen wird.

200.000 Arbeitslose

Im Februar erreichte die Zahl der Arbeitslosen 200.000, das sind um 65.000 mehr als der Höchststand im Winter 1949/49. Die kapitalistische und die SP-Propaganda erklärten zuerst die Zahl der Arbeitslosen als "saisonbedingt", ließen diese Erklärung aber dann, als die "saisonbedingte" Arbeitslosigkeit des Vorjahres weit überschritten wurde, fallen. Sie lassen aber einen Trost für die beunruhigten Massen über: "Mit dem kommenden Frühjahr wird die Zahl der Arbeitslosen wieder abnehmen." Um wieviel? Wird die Vollbeschäftigung in den Sommermonaten wenigstens wieder erreicht werden? Diese Antwort bleiben sowohl die Kapitalisten als auch die mit ihnen verbundenen SP-Bürokraten schuldig.

Neben den furchtbaren Existenzbedingungen der Massen taucht wieder ein "neues" Schreckgespenst auf: Durch die Entlassung kann das am Rande des Existenzminimums liegende Realeinkommen des Arbeiters noch tiefer herabgedrückt werden. Die Erinnerung an die Jahre der großen Arbeitslosigkeit anfangs der dreißiger Jahre taucht auf. Wird es wieder soweit kommen, werden wir im nächsten Winter 300.000, im Winter 1951/52 vielleicht gar wieder 400.000 Arbeitslose haben? Nach der Entwicklung der letzten beiden Jahre, die von einem akuten Mangel an Arbeitskräften zu 200.000 Arbeitslosen führte, ist es berechtigt, wenn sich die Arbeiter diese Frage stellen.

Die erhöhte Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen dafür, daß die kapitalistische Produktionsweise wieder "normale" Verhältnisse erreicht hat. Mangel an Arbeitskräften gab es nur solange, als die Produktionskrise der Nachkriegsjahre andauerte. Die Produktion läuft nun wieder auf vollen Touren (die absolute Produktion ist höher als 1937), anstelle des Warenmangels tritt der Überfluß an Waren, da die Erhöhung der Produktion nicht Schritt hält mit der Erhöhung der Kaufkraft der Massen. Eine industrielle Reservearmee von einigen Hunderttausenden ist die unvermeidbare Begleiterscheinung auch der auf vollen Touren laufenden kapitalistischen Produktion. Sie ist eine normale Erscheinung des in seiner historischen Krise befindliche Kapitalismus. Tritt die kapitalistische Weltwirtschaft in ihre nächste zyklische Krise, so wird sich die Zahl der Arbeitslosen verdoppeln, vervielfachen. Die Angst der Arbeiter, daß das Schreckgespenst der Massenarbeitslosigkeit mit allen ihren wirtschaftlichen und politischen Begleiterscheinungen wieder vor der Tür steht, ist begründet, der verfaulende Kapitalismus kennt keinen anderen Ausweg.

Die SP- und die Gewerkschaftsspitzen haben den Arbeitern Vollbeschäftigung versprochen. Die ständige Steigerung der Produktion und die Vollbeschäftigung wird den Arbeitern einen steigenden Wohlstand garantieren, versprechen sie. Die Produktion ist gewaltig gestiegen, mit ihr die Profite der Kapitalisten; von einem steigenden Wohlstand ist keine Rede, im Gegenteil, die Reallöhne sind auf einem Tiefstand angelangt, die entstehende Arbeitslosigkeit droht sie noch tiefer zu drücken. Der Zusammenbruch der Fiktion von der Vollbeschäftigung bedeutet, daß ein wichtiger Teil der von der SP-Bürokratie in die Massen getragenen Illusionen zusammenbricht.

Alle Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit, die von der SP gemacht werden, bedeuten keinen einzigen ernstesten Schritt zur Beseitigung der Ursache des Übels, zur Beseitigung des Kapitalismus. Planwirtschaft schlägt die SP vor, aber diese Planwirtschaft will sie dem kapitalistischen Staat und damit den Kapitalisten überlassen. In der Erhöhung der Produktivität der Arbeit, damit die österreichische Wirtschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger wird, sehen die SP- und Gewerkschaftsspitzen den Ausweg. Die Erhöhung der Produktivität kann tatsächlich zu einer Besserung der Lage führen, aber nur unter der Voraussetzung, wenn sie eine Erhöhung des Realeinkommens, eine Erhöhung der Kaufkraft der Massen bringt. Aber wie schaut die von den Kapitalisten durchgeführte und von der SP propagierte Steigerung der Produktivität in der Praxis aus. Es gibt zwei Möglichkeiten, die Ergiebigkeit der Produktion zu erhöhen: Erstens durch Verbesserung und Modernisierung der Produktionsmittel sowie deren rationellere Organisierung und zweitens durch Intensivierung der Arbeit, d.h. Steigerung der Ausbeutung. Die Praxis ist nun so, daß die Kapitalisten und die SP von der Notwendigkeit der Rationalisierung, der Erhöhung der Produktivität sprechen, aber dabei in erster Linie nur die Intensivierung der Arbeit meinen. Die Intensivierung der Arbeit bringt den Kapitalisten zwar höhere Profite, vorübergehend vielleicht sogar eine Steigerung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, aber keinesfalls eine Besserung in der Lage der Arbeitermassen, sie führt nicht zur Beseitigung der industriellen Reservearmee. Die Politik der SP und Gewerkschaftsspitzen, die im besten Falle den Kapitalismus nur reformieren will, aber an den Grundpfeilern seiner Existenz, seiner Macht in Staat und Wirtschaft nicht rüttelt, ist nicht imstande, das Recht der Arbeitermassen auf Arbeit und Existenz durchzusetzen.

Die Stalinpartei macht in erster Linie den Marshallplan für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Es ist richtig, der Marshallplan ist das Mittel, mit dem der amerikanische Imperialismus der österreichischen Bourgeoisie wieder auf die Beine half, und in diesem Sinne ist er auch für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Aber

was schlägt die Stalinpartei anstelle des Marshallplanes vor? Ihre Politik ist darauf ausgerichtet, die österreichischen Kapitalisten zu bewegen, unter Umständen zu zwingen, ihre Außenpolitik zu ändern, außenpolitisch mit der SU zusammenzuarbeiten. Die Stalinpartei stellt daher dem Marshallplan den Handel mit dem volksdemokratischen Glas gegenüber. "Wenn anstelle des Marshallplanes der Handel mit den Oststaaten träte, dann gäbe es Vollbeschäftigung für die österreichische Industrie und keine Arbeitslosen mehr", sagen die Stalinisten. Diese Argumentation ist ebenso opportunistisch, wie die der SP-Bürokratie, sie klärt die Arbeiter nicht über das zu beseitigende Grundübel, das kapitalistische Wirtschaftssystem, auf. Die Agenten des Kreml wären bereit, auch den österreichischen Kapitalismus zu schlucken, wenn dieser seinerseits bereit wäre, seine Außenpolitik zu ändern. Auf ihrer Linie, die nicht den Interessen der Massen, sondern den Interessen des Kreml entspricht, ist die Stalinpartei nicht imstande, entscheidende Massenteile zu mobilisieren, denn sie kann ihnen keine andere Perspektive, als die der Volksdemokratie bieten. Auch im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit kann sie der Arbeiterklasse keinen selbständigen, ihren Interessen entsprechenden Ausweg zeigen.

Wir internationalen Kommunisten als Avantgarde haben die Pflicht, dem fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse die Bedeutung der sozialen und politischen Demoralisierung der arbeitslosen Arbeitermassen für den Klassenkampf aufzuzeigen und sie von der Notwendigkeit der Mobilisierung der Massen und ihrer Organisationen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu überzeugen. Unsere Stellungnahme zur Frage der Arbeitslosigkeit ist klassisch im Übergangsprogramm der IV. Internationale dargestellt. Wir geben sie hiermit wieder:

"Bei Strafe eigener Zersetzung kann das Proletariat nicht zulassen, daß ein wachsender Teil der Arbeiter in chronisch Arbeitslose, in Pauper verwandelt wird, die von den Almosen einer zerfallenden Gesellschaft leben. Das Recht auf Arbeit ist das einzige ernsthafte Recht, das der Arbeiter in einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft besitzt. Indes, dieses Recht wird ihm heute auf Schritt und Tritt entzogen. Es ist Zeit, gegen die "strukturelle" wie die "konjunkturelle" Arbeitslosigkeit neben der Parole öffentlicher Arbeiten die Parole der Indexarbeitszeit (bewegliche Skala der Arbeitszeit) aufzustellen. Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen Arbeitende und Arbeitslose in gegenseitiger Bürgerschaft und Solidarität vereinen. Die verfügbare Arbeit ist zwischen allen vorhandenen Arbeitskräften aufzuteilen und dementsprechend die Länge der Arbeitswoche zu bestimmen. Der Durchschnittsverdienst jedes Arbeiters bleibt derselbe wie bei der alten Arbeitswoche. Der Lohn hat, bei strenger Garantierung eines Minimums, den Preisen zu folgen. Ein anderes Programm ist bei der gegenwärtigen Katastrophenperiode nicht annehmbar.

Die Besitzenden und ihre Anwälte werden die "Unrealisierbarkeit" dieser Forderungen beweisen. Kleinere, besonders ruinierte Kapitalisten werden dabei auf ihre Geschäftsbücher weisen. Die Arbeiter lehnen diese Einwände und Hinweise kategorisch ab. Es handelt sich nicht um einen "normalen" Aneinanderprall gegensätzlicher materieller Interessen, sondern vielmehr darum, das Proletariat vor Verfall, Demoralisierung und Verderben zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schaffenden und progressiven Klasse; und damit um die Zukunft der Menschheit. Ist der Kapitalismus unfähig, die Ansprüche, die unausweichlich aus den von ihm erzeugten Plagen entstehen, zu befriedigen, dann mag er zugrunde gehen. Die "Realisierbarkeit" oder "Unrealisierbarkeit" ist in diesem Fall eine Frage des Kräfteverhältnisses,

die nur durch Kampf entschieden werden kann. Auf Grund dieses Kampfes, welches auch immer seine unmittelbaren praktischen Ergebnisse seien, werden die Arbeiter am besten die Notwendigkeit begreifen, mit der kapitalistischen Sklaverei Schluß zu machen."

Für dieses Programm müssen die Arbeiter mobilisiert werden. Für dieses Programm müssen die Arbeiter kämpfen. Für dieses Programm müssen vor allem die internationalen Kommunisten und die fortgeschrittensten Arbeiter eintreten. Denn nur im Kampfe selbst, "welches auch immer seine unmittelbaren praktischen Ergebnisse seien, werden die Arbeiter am besten die Notwendigkeit begreifen, mit der kapitalistischen Sklaverei Schluß zu machen".

BANKROTT DER LABOURPOLITIK
=====

Zwei Tage nach den englischen Wahlen konstatiert die "A.-Z." in ihrem Leitartikel ein "freudiges Aufatmen, das durch die Reihen der Arbeiter aller Länder geht: die englische Arbeiterpartei hat nach hartem Kampf gesiegt". Jedoch einige Tage später - am 1. März - muß auch die "A.-Z." zugeben, daß das Zusammenschrumpfen der großen parlamentarischen Mehrheit, die die Labour Party in den Wahlen von 1945 errungen hatte, bis auf einige wenige Mandate Vorsprung vor den Konservativen und Liberalen nun doch die künftige Politik der Labourregierung entscheidend beeinflussen wird. "Ein allzugeringer Abstand zwischen zwei großen Parteien bedeutet, auch wenn die eine die Mehrheit hat, daß das Land auf demokratische Weise nicht gegen die andere regiert werden kann.... In England wird daher der Ausweg gesucht, daß die Regierung ihr Amt schon mit der Absicht übernimmt, in nicht allzulanger Zeit durch Neuwahlen eine klare Entscheidung, eine bessere Situation herbeizuführen..... Bis dahin wird Englands sozialistische Regierung mit ihrem sozialistischen Programm regieren. Sie wird kein Wasser in ihren Wein tun - es würde garnichts nützen, es würde an den Machtverhältnissen nichts ändern." Mit dieser Feststellung hat die "A.-Z." einmal recht, wenn auch anders, als sie selbst meint. Die "Machtverhältnisse" werden nämlich nicht durch den Stimmzettel und nicht durch parlamentarische Kombinationen und Manöver, sondern ausschließlich durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt. Hat sich dieses Kräfteverhältnis in den fünf Jahren Labourregierung zugunsten der Arbeiterklasse geändert? Parlamentswahlen entscheiden nicht, aber sie sind ein Indikator für dieses Kräfteverhältnis, kein zuverlässiger, kein sehr genauer, aber doch einer, der in einer bestimmten Lage die Veränderungstendenzen im außerparlamentarischen Kräfteverhältnis der Klassen genügend klar erkennen läßt. Was sagt uns nun der Ausgang der englischen Wahlen?

Der englische Kapitalismus war aus dem Krieg geschwächt herausgegangen; der verdem gleichberechtigte Partner des USA-Imperialismus war in ein Abhängigkeitsverhältnis zu diesem geraten. Wie in anderen Ländern hat auch für die englischen Kapitalisten das Hauptproblem ihrer Nachkriegspolitik darin bestanden, wie sie am besten die Kriegskosten, die die Form einer ungeheuren Schuldenlast gegenüber den USA angenommen hatten, und die Kosten des kapitalistischen Wiederaufbaus auf die Massen abwälzen könnten. Sie haben dieses Problem gelöst, indem sie der Labour Party, die sie schon während des Krieges in die Regierung genommen hatten, vorübergehend die ganze "Macht" überlassen haben. Die Labour Party war aus den Wahlen von 1945 mit

einer großen parlamentarischen Mehrheit hervorgegangen. Das war ein Zeichen der tiefen Unzufriedenheit nicht nur der Arbeiterschaft, sondern breiter kleinbürgerlicher Schichten mit der Politik der bisher führenden Konservativen Partei. Die SP hat aus dem Wahlsieg der Labour Party und aus der Bildung einer "sozialistischen" Alleinregierung gehörig propagandistisches Kapital zu schlagen versucht. Zum ersten Mal in der Geschichte habe in einem Großstaat eine Partei des "demokratischen Sozialismus" die absolute Mehrheit errungen; zum ersten Mal brauche sie die "Macht" nicht mit bürgerlichen Parteien zu teilen. Zum ersten Mal werde auf völlig legale Weise eine "sozialistische Alleinregierung" gebildet. Nun werde die Labour Party zeigen, daß es möglich sei, vollkommen "demokratisch" die Gesellschaft umzubauen, den Kapitalismus zu liquidieren und den Sozialismus aufzurichten. Die große Stunde des "demokratischen Sozialismus" sei gekommen.

Wie hat nun der "demokratische Sozialismus" seine "große Stunde" ausgenützt? Zunächst einmal so, daß die zur "Macht" gekommene Labour Party am Staatsapparat alles beim alten gelassen hat. Sie hat nicht den geringsten Versuch unternommen, die militärisch-bürokratische Maschinerie auch nur anzutasten. Die hohe Bürokratie, die Generäle, die Diplomaten usw. blieben dieselben, wie sie schon unter Churchill und unter entlichen kapitalistischen Regierungen vor ihm gewesen waren. Die einzige Änderung hat darin bestanden, daß dieser durch und durch kapitalistische Apparat zusätzlich einige hundert oder einige tausend Angehörige der Arbeiterbürokratie in sich aufgenommen hat - wodurch die Abhängigkeit dieser schon seit langem verbürgerlichten Schicht von der Bourgeoisie noch verstärkt worden ist.

Ein zweiter wichtiger Zug der Politik der Labourregierung hat in dem eisernen Festhalten am Lohnstop für die Arbeiter bestanden - während für die kapitalistischen Profitmacher ein solcher Stop bei dem Fehlen jeder wirklich demokratischen Kontrolle der Produktion und der Verteilung nicht bestanden hat. Diese Politik hat die Labourregierung in schweren Gegensatz zu den Arbeitern gebracht, die immer wieder versucht haben, durch Streikaktionen - die von den Gewerkschaftsspitzen regelmäßig für "wild" erklärt worden waren - ihr Realeinkommen zu verteidigen.

Ein weiterer Zug der Labourpolitik war der Einsatz der staatlichen Machtmittel gegen streikende Arbeiter, so z.B. beim Streik der Kohlenarbeiter und der Lockarbeiter, bei welchem letzterem Soldaten von der "Arbeiter"regierung als Streikbrecher mißbraucht wurden. Die Labour Party hat nicht nur nicht die Arbeiter zum außerparlamentarischen Kampf[†] aufgerufen, sondern hat sich überall dort, wo sich die Arbeiter spontan zum Kampf entschlossen haben, aktiv gegen sie gestellt und ihren Kampf als Sabotage des "sozialistischen Aufbaus" und als auf der Linie Moskaus liegend bezeichnet. Die Politik der Labourregierung läßt sich deshalb auf eine kurze Formel bringen: Möglichste Schonung der Kapitalisten bei gleichzeitiger Belastung der Massen. Lohnstop für die Arbeiter, kein Profitstop für die Kapitalisten!

Aber hat die Labourregierung nicht auch Maßnahmen durchgeführt, die im Interesse der Arbeiter liegen? Hat sie sich nicht mit ihrem Verstaatlichungsprogramm in schärfsten Gegensatz zu den Konservativen gestellt? Liegen der Ausbau des Sozialversicherungswesens und die mit ihm in Zusammenhang stehenden Sozialgesetze nicht im Interesse der Arbeiter?

Was hat es mit den von der Labourregierung durchgeführten Verstaatlichungen auf sich? Warum haben die Konservativen sich gegen diese gestellt? Die Bourgeoisie greift dann zur Verstaatlichung gewisser Industrien oder bestimmter Verkehrseinrichtungen, wenn deren Weiterbelassung in privaten Besitz den gesamtkapitalistischen Interessen oder - was jetzt häufiger der Fall ist - dem Interesse[†] zur Verteidigung ihres Realeinkommens

führender Kapitalistengruppen widerspricht. So sind in beinahe allen kapitalistischen Staaten die Eisenbahnen schon lange verstaatlicht. So wurden und werden in einer Reihe kapitalistischer Länder Teile der Rüstungsindustrie verstaatlicht. Bei allen diesen Verstaatlichungen müssen wir die Frage stellen: Wie wurde die Verstaatlichung durchgeführt und in welchem Interesse, zu welchem Zweck wurde sie durchgeführt? Wurden die Kapitalisten enteignet oder haben sie Entschädigungen erhalten? Nehmen wir die Verstaatlichung des englischen Kohlenbergbaus. Dieser war technisch veraltet und infolge des während des Krieges betriebenen Raubbaues vollends unrationell geworden. Die Bergwerksbesitzer erhielten für ihre veralteten Gruben hohe Geldablösen, die sie in anderen Industrien, z.B. in der Flugzeugindustrie, die in Hinblick auf ihre Rüstungsaufgaben staatlich subventioniert wird, gewinnbringend anlegen konnten. Die kapitalistische Opposition gegen die Verstaatlichungen der Labourregierung war kein Kampf zwischen "Kapitalismus" und "Sozialismus", sondern ein Kampf für möglichst hohe Geldablösen. Die englischen Arbeiter haben keinerlei Einfluß auf die verstaatlichten Industrien, denn die Einsetzung arrivierter Arbeiterbürokraten in den Verwaltungsapparat des kapitalistischen Staates und der von ihm geführten Betriebe hat selbstverständlich nichts mit irgendeiner Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterklasse zu tun.

Und wie steht es mit dem durch den Ausbau des Sozialversicherungswesens und den Erlaß verschiedener Sozialgesetze gegebenen "sozialen Reformen"? Die Politik der Labour Party hat an den Grundlagen der kapitalistischen Macht nicht das geringste geändert. Die Kapitalisten haben jederzeit die Möglichkeit, ihren Anteil an den Kosten der Sozialversicherung durch Preiserhöhungen und andere Maßnahmen auf die Arbeiter abzuwälzen. Mit anderen Worten, die Arbeiter müssen die Kosten dieser "Reformen" selbst bezahlen!

Die Labourregierung hat also nicht, wie sie versprochen, die Gesellschaft "umgebaut"; ihre Politik ist in Wirklichkeit darauf hinausgelaufen, alle die Massen belastenden Maßnahmen zur Sanierung des Kapitalismus unter der Flagge "notwendiger Opfer für den sozialistischen Aufbau" segeln zu lassen. Das Zusammengehen der Attlee, Bevin & Co. mit den Kapitalisten ist am deutlichsten in der Außenpolitik zum Ausdruck gekommen, in der eine hundertprozentige Übereinstimmung der konservativen "Opposition" mit der "sozialistischen" Regierung geherrscht hat. Doch mit ihrer Politik der fortgesetzten Preisgabe von Arbeiterinteressen hat sich die Labourregierung selbst den Ast abgesägt, auf dem sie gesessen ist; sie hat das Vertrauen der Massen schwer enttäuscht. Da sie diese Politik trotz der Warnung des letzten Wahlausganges auch jetzt fortsetzt, bereitet sie dadurch vollends die Wiederkehr der Konservativen in die Regierung vor.

Was bedeutet der Ausgang der englischen Wahlen für die Arbeiterklasse? Er war kein Sieg der Labour Party, sondern eine Niederlage. Die SP und ihr Organ spricht von der unvermeidlichen Abnützung, der jede Regierungspartei unterworfen sei. Wenn aber auch "sozialistische" Regierungen sich "abnützen" und wieder bürgerlichen Regierungen Platz machen müssen, wie sollen da die Arbeiter zum Sozialismus kommen? In Wirklichkeit besteht die Abnützung darin, daß die Labourregierung sich abgenützt hat - im Dienste der Bourgeoisie. Die Wahlniederlage der Labour Party ist das Ergebnis der Enttäuschung breiter Massenteile, insbesondere der kleinbürgerlichen Zwischengliedern; über die Politik der angeblich "sozialistischen" Regierung. Indem er anzeigt, daß breite Zwischenschichten sich wieder offen der Bourgeoisie angeschlossen haben, war der Wahlausgang auch eine Niederlage der Arbeiterklasse. Aber er ist vorläufig nur eine Stimmzettelniederlage und die Rückkehr der Churchill & Co. in die Regierung kann immer noch verhindert werden. Nicht so, wie die

"A.-Z." meint, "durch eine neuerliche Wahl in nicht allzulanger Zeit" bei Beibehaltung der bisherigen Politik, sondern durch den Übergang entscheidender Teile der Arbeiterklasse zum außerparlamentarischen Massenkampf. Ein solcher Übergang und eine erfolgreiche Führung des Kampfes selbst erfordert die Existenz einer neuen Klassenpartei. Die objektiven Voraussetzungen zur Schaffung einer solchen sind in England günstiger als im übrigen Europa. Die englische Arbeiterklasse hat seit dem Generalstreik von 1926 noch keine ernste Niederlage im offenen Kampf erlitten; sie ist deshalb bei weitem nicht so geschwächt wie das Proletariat auf dem Kontinent, das den Blutverlust infolge der Aufrichtung der diversen offenen kapitalistischen Diktaturen und der psychologischen Folgen seiner schweren Niederlagen noch immer nicht überwunden hat. Gegen das Gift des Stalinismus ist das englische Proletariat, wie der Wahlausgang gezeigt hat, weitgehend immun. Es nimmt deshalb eine Zwischenstellung zwischen dem Proletariat des europäischen Kontinent und der amerikanischen Arbeiterklasse ein: es hat sich so wie das kontinentale Proletariat weitgehend aus der unmittelbaren Gefolgschaft der Bourgeoisie losgelöst, es hat aber nicht dessen Niederlagen erlitten und ist deshalb gleich dem amerikanischen Proletariat - das sich aber noch in unmittelbarer Gefolgschaft der Bourgeoisie befindet - unverbraucht und noch nicht angefault. Die objektiven Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit der IV. Internationale sind also in England günstig. Allein die besten objektiven Bedingungen nützen nichts, wenn die subjektiven Bedingungen - die selbständige, unabhängige revolutionäre Organisation - fehlt.

AN DIE LEITUNG UND AN DIE MITGLIEDER DER
KOMMUNISTISCHEN PARTEI JUGOSLAWIENS!

Das Sekretariat der IV. Internationale antwortet
auf die Erklärungen Vlachowitsch

Genossen! Velko VLACHOWITSCH, Mitglied des ZK der KPJ, hat am Tage der Republik (29. November 1949) in Belgrad zwei Erklärungen abgegeben. Sie tragen offiziellen Charakter und entsprechen der Linie der Partei. Das verleiht ihnen natürlich größeres Gewicht.

Die erste Erklärung ist der Frage der Internationale an sich gewidmet. Indem er gewisse Äußerungen, welche DJILAS über die Opposition seiner Partei gegen den Plan zur Errichtung einer kommunistischen Internationale zu Vertretern der Vereinigten Staaten gemacht hat, wieder aufnimmt, erklärt VLACHOWITSCH seinerseits: "Die verschiedenen Nachrichten, die im Auslande darüber verbreitet werden, daß unsere Partei angeblich an der Schaffung einer neuen Internationale, der sogenannten 'Tito-Internationale' arbeite, sind mehr als lächerlich." Um diese Position zu rechtfertigen, bekräftigt er, "daß die in dem Beschluß anläßlich der Auflösung der Komintern angeführte Feststellung völlig richtig war". Um es genau zu wissen: "Die Organisationsformen der Zusammenfassung der Arbeiter, die der Erste Kongreß der Kommunistischen Internationale wählte und die den Bedürfnissen der Anfangszeit der Erneuerung der Arbeiterbewegung entsprechen, haben sich immer stärker überlebt."

Die zweite Erklärung von VLACHOWITSCH betrifft die Vierte Internationale. VLACHOWITSCH unterscheidet hier zwischen "zahlreichen Kommunisten und fortschrittlichen Arbeitern", welche Jugoslawien gegen die verleumderischen Lügen des Kremls verteidigen, und jener

anderen Kategorie von Menschen, "die sich heute als 'Freunde' (Jugoslawiens) zeigen, verschiedene verdächtige Tyren, die sich um irgendeine Vierte Internationale sammeln, verschiedene imperialistische Agenten usw...."

Wenn diese beiden Erklärungen von orthodoxen Stalinisten kämen, also von einem jener, die Ihr mit Recht "Lügner, kominformierte Verleumder" nennt, dann würden wir uns gerne die Antwort darauf ersparen. Hinterhältige Verleumdungen und Gemeinheiten sind die einzigen Waffen, über welche jene verächtlichen Nutznießer der revolutionären Arbeiterbewegung verfügen, um unsere unbesiegbaren Ideen und unser Programm zu bekämpfen. Das lehrt uns unsere Erfahrung von mehr als 25 Jahren Kampf gegen die degenerierte sowjetische Bürokratie und ihre Agenten, die sie in der ganzen Welt lenkt und unterweist.

Aber diese Erklärungen kommen von einem der Euren, sie sprechen im Namen Eurer Partei; eine Organisation, welche wir als eine revolutionäre Strömung betrachten, die sich aus richtigen und fortschrittlichen Erwägungen heraus von der konterrevolutionären Kontrolle des Kremls befreit hat; einer Organisation, die aufrichtig das Banner des Kampfes gegen den Opportunismus, die Verleumdungen, die Lügen und gegen jene widersprüchlichen Amalgamierungen hißt, durch welche Mittel der Kreml und seine Agenten lange Zeit hindurch die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung zersetzten. Glaubt uns, es hieße allen Chancen, die Euer Kampf in der internationalen Arbeiterbewegung haben kann, das Grab zu schaufeln, wenn ihr nunmehr begännet - aus verschiedenen taktischen und anderen Erwägungen heraus - gegenüber den vitalen Fragen der sozialistischen Weltrevolution und gegenüber den Kämpfern der Arbeiterbewegung, mit welchen Ihr ideologische Differenzen habt, dieselben verfaulten Mittel wie der Stalinismus anzuwenden.

Wir haben von Anfang an spontan und ehrlich Eure Sache gegen den Kreml verteidigt und werden sie unabhängig von Eurer Haltung uns gegenüber solange verteidigen, als Ihr weder vor dem Imperialismus noch vor der sowjetischen Bürokratie kapituliert. Gerade deshalb glauben wir, heute die Aufgabe zu haben, auf die Erklärungen von VLACHOWITSCH zu antworten. Ohne Bitterkeit, aber auch ohne jede unnütze und für Revolutionäre unwürdige Diplomatie.

+

Als Stalin im Jahre 1943, mitten im imperialistischen Krieg, die Dritte Internationale auflöste - mit Hilfe derselben lächerlichen und widersprüchlichen Argumente, welche Ihr jetzt wiederholt - da war der Sinn dieser Handlung allen bewußten Revolutionären klar: das war eine doppelte Kapitulation, zugunsten der Bedürfnisse des Imperialismus einerseits und der sowjetischen Bürokratie anderseits.

Der Imperialismus und die Moskauer Bürokratie fürchteten beide die revolutionären Kämpfe des internationalen Proletariats und der kolonialen Massen. Sie fürchteten diese unausweichlichen Kämpfe, welche im Verlaufe des Krieges und seiner unerfreulichen Folgen für die kapitalistischen Regierungen auftreten mußten. Der Imperialismus war um die Erhaltung des kapitalistischen Systems in der Welt besorgt. Die Moskauer Bürokratie war um ihre Privilegien besorgt. Sie fürchtete daher jede Massenbewegung, die sich ihrer Kontrolle entziehen könnte. Sie fürchtete jede Massenbewegung, die gegen ihre Politik des Einverständnisses mit den Imperialisten und der Aufteilung von Einflußzonen sein könnte (was Ihr selbst besonders im Falle Griechenlands erfahren könnt). Sie fürchtete jede Massenbewegung, die fähig hätte werden können, ihre despotische Herrschaft über einen großen Teil der Weltarbeiterbewegung und über die Arbeitermassen der UdSSR zu beenden.

Diese gemeinsame Angst der Imperialisten und der Moskauer Bürokratie bewirkte, daß sie sich bezüglich der Auflösung der Kommunistischen Internationale verständigten. Gewiß war die Entartung der Komintern enorm und niemand - nicht einmal Churchill, Roosevelt und Stalin, die sich in Jalta und Teheran verständigten - konnten annehmen, daß sie jemals wieder zu jenem revolutionären Instrument des Proletariats wird, als welches sie unter der Führung LENINS und TROZKIS gegründet wurde. Was sie aber fürchteten war, daß allein ihr Name und die Vorstellung, die sich die Massen von ihr machen könnten, revolutionäre Elemente aneifern würde und daß manche von ihnen bestrebt sein könnten, sie zur Propagierung des Programms der Weltrevolution zu benutzen. Stalin machte gleicherweise befürchten, daß sich gewisse Organisationen und sogar Parteien, die im Verlaufe des Krieges aus verschiedenen Gründen der Kontrolle der GPU entronnen waren und die im Kampfe eine eigene Kraft erlangt hatten, des Namens der Komintern bedienen könnten, um eine Politik zu betreiben, die nicht strikte an die Linie der jeweiligen diplomatischen Bedürfnisse des Kremls gebunden sein würde.

Die Auflösung der Komintern wurde gerade in einem Augenblick vorgenommen, da der Kreml eine ultra-opportunistische Politik betrieb. Weit davon entfernt, die Frucht eines revolutionären Fortschritts des Proletariats oder etwa eine kluge Anwendung der marxistisch-leninistischen Lehre zu sein, lag diese Entscheidung eben im Rahmen der Politik der Klassenzusammenarbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Griechenlands usw., welche das Proletariat in schwere Niederlagen führte.

Gestattet uns bei dieser Gelegenheit, Euch darauf aufmerksam zu machen, daß sich einige der wichtigsten Kommunistischen Parteien, welche 1943 scheinbar derart gereift waren, daß man auf die Internationale schon verzichten konnte, nunmehr im Kominform wiedergefunden haben. Unter ihnen befinden sich auch die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens, die im Kampfe um die Macht in ihren Ländern bankrottierten. Unter ihnen befinden sich alle jene Parteien, die doch 1943 politisch schon so entwickelt gewesen sein sollen, die nunmehr - auf Befehl Moskaus - begonnen haben, Euch zu verleumden und schamlos anzugreifen.

Stalin hat die Komintern aus opportunistischen Gründen aufgelöst. Was die "theoretischen" Argumente betrifft, welche diese kapitulante und opportunistische Handlung rechtfertigen sollten, so ist es Revolutionären, die sich auf den Marxismus-Leninismus berufen, unwürdig, ihnen auch nur ein Körnchen Ernsthaftigkeit zuzubilligen. Denn was hat sich vom Standpunkt der Argumente Lenins, die er mit soviel Festigkeit und Leidenschaft niederschrieb, als er 1919 die verschiedenen vorhandenen revolutionären Tendenzen einlud, sich um eine mächtige "Kommunistische Internationale" zu gruppieren, grundlegend verändert? Was hat sich vom Standpunkt der Argumente, die in den Statuten dieser Internationale stehen, grundlegend gewandelt?

"Die riesenhaft schnelle Vorwärtsbewegung der Weltrevolution", so erklärt der Brief, der die Einladung zum Gründungskongreß der Dritten Internationale begleitete, "die immer neue Probleme aufstellt; die Gefahr der Erstickung dieser Revolution durch das Bündnis der kapitalistischen Staaten, welche sich gegen die Revolution unter der heuchlerischen Fahne des 'Völkerbundes' (heute lies: 'UNO') zusammentun; die Versuche der sozialverräterischen Parteien, sich miteinander zu einigen und, nachdem sie einander 'Amnestie' erteilt haben, ihren Regierungen und ihrer Bourgeoisie nochmals zum Betrug der Arbeiterklasse zu verhelfen; endlich die außerordentlich reiche, bereits erworbene revolutionäre Erfahrung und die Internationalisierung der ganzen Revolutionsbewegung - alle diese Umstände zwingen uns, die Initiative der Zusammenberufung eines internationalen Kongresses der revolutionären proletarischen Parteien zu ergreifen."

Und hier der Artikel 1 des Statuts der Dritten Internationale:
"Die neue internationale Arbeitervereinigung ist geschaffen zur Organisierung von gemeinsamen Aktionen der Proletarier der verschiedenen Länder, die das eine Ziel anstreben: Sturz des Kapitalismus, Errichtung der Diktatur des Proletariats und einer internationalen Räterepublik zur vollen Beseitigung der Klassen und zur Verwirklichung des Sozialismus, dieser ersten Stufe der Kommunistischen Gesellschaft."

Es wird VLACHOWITSCH schwer fallen, den Revolutionären zu erklären, weshalb diese Argumente für heute nicht mehr gelten sollen. Ist etwa die kommunistische Weltrevolution bereits durchgeführt? Bedroht der Kapitalismus jene Länder, wo sie begonnen hat, heute nicht noch viel tödlicher als 1919? Gibt es etwa keine neuen Probleme, die einer kollektiven Lösung vermittelt einer kollektiven Organisation der revolutionären Bewegung bedürften? Ist die Internationalisierung der Arbeiterbewegung, von der LENIN sprach, etwa heute minder wichtig als 1919? Ist denn die Koordinierung, die Triebkraft und zentrale Leitung der Arbeiterkämpfe heute weniger notwendig als zur Zeit LENINS?

Man könnte die Liste der Fragen, die alle für die Existenz einer revolutionären Internationale des Proletariats sprechen, ins Unendliche verlängern.

Die Arbeiterbewegung kann sich nicht damit zufrieden geben, die verschiedenen nationalen Parteien mit einem geheimen Band zu verbinden. Sie bedarf eines dem gesamten Proletariat sichtbaren und ihm bewußten internationalen Organismus. Das ist ein Bedürfnis, welches von den Arbeitermassen, selbst von den politisch rückständigsten, begriffen wird. Selbst die Sozialdemokraten bemühen sich, ihrer Bewegung den Anschein einer internationalen Organisation zu geben. Haben die Kommunisten nicht durch viele Jahre hindurch gerade die Haltung der Sozialistischen Parteien zur Frage der Internationale als den deutlichsten Ausdruck des sozialdemokratischen Opportunismus angeprangert? Nach dem Kriege hat schließlich eine Reihe von Kommunistischen Parteien - darunter auch die Eure - das "Informationsbüro" (Kominform) gegründet, das doch mehr oder weniger ebenfalls eine Art internationalen Organismus darstellt - nur, wohlgemerkt, mit Funktionen und mit einer Leitung, die vollkommen den Bedürfnissen des Kremls angepaßt sind.

Der Klassenkampf ist nicht bloß ein Ausdruck der Summe der voneinander unabhängigen Kämpfe des Proletariats verschiedener Nationen. Es gibt einen internationalen Klassenkampf, der nicht wirksam bis zum Endsieg über die alte kapitalistische Welt geführt werden kann ohne eine internationale Organisation der proletarischen Avantgarde.

Die Haltung, die VLACHOWITSCH und DJILAS in bezug auf die Frage der Internationale als die Eurer ganzen Partei angeben, ist in der Tat nichts anderes als der Ausdruck einer Tendenz zur Kapitulation vor dem doppelten Druck, des Imperialismus einerseits und des Kreml andererseits. Vielleicht rechtfertigt Ihr diese Haltung durch "taktische" Erwägungen, indem Ihr denkt, es sei unnütz, sowohl den Imperialismus als auch den Kreml zu provozieren, und es sei daher vorzuziehen, an diesem Plan heimlich, in jedem Lande getrennt, zu arbeiten? Verschanzt Ihr Euch etwa hinter dem Argument, daß Eure Erfahrungen mit dem Kreml und mit seinem Kominform eine unglückselige war? Gefällt Ihr Euch darin, die Internationale mit der zentralistischen Polizei- und Bürokratenkontrolle des Kremls gleichzusetzen?

Wenn derartige Argumente bei Euch existieren sollten, so wären sie nichts anderes als armselige, vom Stalinismus vererbte Reste, welche aus Gewohnheit die Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu vertreten scheinen durch sogenannte "taktische", "geschickte" und "verschlagene" Manöver, die niemand anderen als nur das Proletariat selbst täuschen.

Die Frage der Internationale ist nicht lediglich eine einfacheorganisatorische Frage. Denn um eine internationale Organisation zu gründen, bedarf es vor allem eines internationalen Programms, das gültig ist für das gesamte Weltproletariat und für die kolonialen Massen. Die organisatorische Gruppierung und die konkreten organisatorischen Formen auf der internationalen Stufenleiter können nur betrachtet werden auf der Basis eines solchen Programms. Welche Botschaft aber hättet Ihr an die Adresse des Weltproletariats zu richten? "Jugoslawien gegen den Krenl zu verteidigen" und den Anspruch auf "gleiche Rechte in den Beziehungen der sozialistischen Staaten zueinander und zwischen den einzelnen Kommunistischen Parteien"? So gerecht und notwendig diese Forderungen auch sein mögen - sie stellen noch kein Programm von internationalem Wert dar, das imstande wäre, das durch die Praktiken des Kremles demoralisierte Proletariat und die Kolonialmassen zu reorganisieren und zu reorientieren.

Indessen, wie soll Jugoslawien verteidigt werden? Die beste Weise, es zu verteidigen und ihm zu ermöglichen, die Schwierigkeiten zu meistern, die sich im Verlaufe der Errichtung des Sozialismus ergeben und die solange unvermeidlich sind als Jugoslawien isoliert bleibt - besteht nie nicht darin, die Arbeiter der anderen Länder mit ideologischen Waffen und mit der notwendigen politischen Hilfe zu versorgen, damit sie selbst zur Revolution schreiten und diese über die ganze Welt ausdehnen? Oder wollt Ihr lieber diese Sorgen den entarteten Führern der UdSSR und den kominformierten Leitungen der Kommunistischen Parteien überlassen? Es kommen Arbeiterdelegationen in Euer Land und es werden noch mehr kommen. Arbeiter, die eure Bewegung verteidigen wollen als eine Partei der revolutionären Weltbewegung. Was aber werdet Ihr ihnen antworten, wenn sie Euch fragen: Was müssen wir tun, um den Klassenkampf in unserem Land zu führen? Den Thorez, Togliatte usw. gehorchen oder aber eine neue revolutionäre Partei, eine neue Internationale schaffen? - Dies ist eine Frage, die der Klassenkampf auch Euch stellen wird.

Solange Ihr gegenüber der Internationale eine negative oder selbst nur ungewisse Haltung einnehmt, werden Euch die bewußten Revolutionäre mit größter Zurückhaltung beurteilen. Sie werden Euch, trotz aller fortschrittlichen Aspekte Eurer Bewegung, niemals volles Vertrauen schenken. Sie werden in Eurer Weigerung, Euch in die revolutionäre Weltbewegung vollkommen und loyal einzureihen, ein schwerwiegendes Zeichen sehen, welches bis jetzt in anderen Arbeiterbewegungen stets eine rückläufige, nationalistische und bürokratische Entwicklung anzeigte.

Was die Erklärung von VLACHOWITSCH betrifft, die uns direkt als VIERTE INTERNATIONALE erwähnt, so können wir dieser neuen nuancierten Weise, in welcher Ihr uns in die Verleumdungen des Kremles und seiner Agenten einhüllt, nur Dank sagen. VLACHOWITSCH spricht von "verdächtigen Typen, die sich um irgendeine Vierte Internationale sammeln". So wißt: Die VIERTE INTERNATIONALE ist eine Weltpartei, die in mehr als 35 Ländern auf fünf Kontinenten nationale Sektionen besitzt. Sie stellt die einzige Organisation der Arbeiterbewegung dar, welche das Werk LEO TROTZKIS und der Plattform der Linken Opposition der russischen Bolschewistischen Partei, jener Opposition, die seit dem Tode LENINS gegen die Entartung dieser Partei und der gesamten Dritten Internationale gekämpft hat, verteidigt, weiterführt und weiterentwickelt.

Die wirklichen Trotzkiisten, die wahren und einzigen Trotzkiisten, das sind unsere Mitglieder, die Kämpfer der organisierten Bewegung der VIERTEN INTERNATIONALE.

Um Verwirrung zu stiften, um die breiten Massen des Proletariats von unseren Ideen, unserem Programm und unserer Organisation zu trennen, deshalb hat der Kream und sein ebenso mächtiger wie korrumpierter Propagandaapparat seit mehr als 20 Jahren die Mehrzahl aller seiner Gegner und besonders alle jene Elemente, unter welchen sich sehr oft wirklich verdächtige Gestalten, Abenteurer, Spione und nicht zuletzt die eigenen in Ungnade gefallenen Bürokraten befanden, als "Trotzkisten" bezeichnet.

Die führenden Genossen Eurer Partei haben die Praxis der stalinistischen Anlagierungen bereits durchschaut. Sie haben sie als mit der Moral der Arbeiterbewegung unvereinbar gebrandmarkt. War es nicht der Gen. M. PIJADE, der anlässlich des Budapest Schauprozesses schrieb, daß er von denselben Menschen inszeniert wurde, die auch die infamen Moskauer Prozesse von 1936-1938 aufgezoogen hatten? Jene Prozesse, bei welchen die besten Menschen der russischen Bolschewistischen Partei und der Kommunistischen Internationale ausgerottet wurden, nachdem sie vorher noch durch die Beschuldigung, Spione, Mörder usw. zu sein, beschützt wurden? War es nicht ebenfalls der Gen. PIJADE, der einmal sagte, daß die Entartung der Kommunistischen Parteien begann, "seit jenem Tage, wo man proklamierte, daß der Trotzkismus aufgehört habe, eine Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein, und eine faschistische Agentur geworden sei; seit jenem Tage und besonders seit dem zweiten Weltkrieg, wo man alles Denken, das nicht im Einklang stand zum Denken der sowjetischen Führer, als trotzkistisch unter der Form faschistischer Agentur bezeichnete. Auf diese Weise bleibt nur noch die physische Vernichtung und der Scheiterhaufen für die Ketzler; alle Diskussion ist ausgeschlossen".

Eure Geigen sind nicht gestimmt. Gebt uns nicht den peinlichen Eindruck, daß die Vorurteile und die vom Kream eingeführten Praktiken nunmehr auch in Eurer Organisation Oberhand gewinnen; daß Ihr bereit seid, einer Tendenz der Arbeiterbewegung gegenüber, die wie keine andere ihr marxistischer und revolutionärer Flügel ist, dieselben Methoden anzuwenden, welche der Kream Euch gegenüber anwendet.

Wir sind stolz auf unsere Organisation, unser Programm, unser Banner. Unter ihm haben die besten Kämpfer der Oktoberrevolution, der russischen Bolschewistischen Partei und der Internationale gekämpft, bevor sie von den Henkern Stalins liquidiert wurden. Die "verdächtigen Typen" verlassen die vom Kream geleiteten Parteien, denn diese Parteien sind durch und durch verbürokratisiert und die Auslese ihrer Kader vollzieht sich nicht auf der Basis der Heranziehung kritischer und ideologischer Fähigkeiten, sondern auf der Basis der Unterwürfigkeit gegenüber den bürokratischen Funktionären.

Trotz der Isolierung, in die man uns gedrängt hat und die nur die objektiv ungünstigen Bedingungen für die Weltrevolution stärkt, und trotz der verleumderischen Propaganda des monströsen und von Moskau dirigierten stalinistischen Apparates lebt unsere Bewegung in allen Ländern, wo sie überhaupt existiert, mit ihrer Klasse verbunden und an ihren Kämpfen teilnehmend. Sie ist bereit, alle Opfer zu bringen für den Triumph der unbesiegbaren Ideen von MARX, LENIN und TROTZKI.

Ihr wagt es, die Trotzkisten "verdächtige Typen" zu nennen, jene, die während des letzten Krieges Hunderte von Kämpfern, bewußte und untadelige Revolutionäre in den deutschen Vernichtungslagern und vor den Hinrichtungspelotonen der imperialistischen Reaktion verloren haben. Der Sekretär unserer französischen Sektion MARCEL HIO und Dutzende seiner Genossen; in Belgien hintereinander zwei Sekretäre, LEON LESOIL und LEON; in Holland ein siebenstern revolutionärer Führer, unter ihnen SNEFFELMUT (ehemaliger Vertreter der Dritten Internationale in China); in Griechenland der frühere Sekretär der griechischen Kommunistischen Partei, P. POULICPOULOS und 200 andere trotzkistische Kämpfer, die durch die deutschen, italienischen und

bulgarischen Okkupanten hingemetzelt wurden; in China Dutzende unserer Kader und Mitglieder; gefallen im Kampfe gegen den japanischen Imperialismus und gegen die Reaktion der Kuo-Min-Tang; unzählbare Opfer in Indochina usw. - hier seht Ihr unsere "verdächtigen Typen". Ihr wagt es auch, jene trotzkistischen Kämpfer als "verdächtig" zu bezeichnen, die derzeit in Bolivien eingekerkert sind, weil sie den Kampf der bolivianischen Bergarbeiter gegen das feudalbürgerliche Regime geleitet haben; und die griechischen Kämpfer, deren Führer heute im KZ von Makronissos gefangengehalten werden.

Es ist selbstverständlich Euer Recht, unsere Ansichten nicht zu teilen und sie zu bekämpfen, wenn Ihr das für notwendig hält. Aber es ist auf jeden Fall unannehmbar, auf unsere Bewegung lediglich Diskreditierungen und Beschimpfungen zu häufen anstatt eine politische Diskussion mit ihr zu beginnen. Es gibt unter uns Trotzlisten keine Elemente, die Furcht vor einer solchen ideologischen Konfrontation hätten und ihr auf stalinistische Manier auszuweichen versuchen. In Frankreich gibt es gewisse Elemente, die Euren Standpunkt bezüglich des Konfliktes mit dem Kreml teilen und die sich als Fraktion in der KPF konstituiert haben. Sie geben ein Blatt heraus, das sich "LA LUTTE" ("Der Kampf") betitelt. In diesem Blatt erachten sie es für notwendig, sich verleumderisch von den französischen Trotzlisten abzugrenzen, wobei sie aber zur gleichen Zeit in ihren Artikeln eine Reihe von Ideen und Kritiken wiederholen, die bis heute in der französischen Arbeiterbewegung und international in größter Offenheit nur von den Trotzlisten vertreten worden sind! Wie soll man sich das erklären, wenn man annimmt, daß es Euch wirklich um die ehrliche Diskussion unter Gleichberechtigten geht?

Wir werden angesichts dieser Entwicklungen nicht untätig bleiben. Wir werden jede gegen unsere Bewegung direkt oder indirekt gerichtete Herausforderung beantworten. Wir werden unsere Idee, unser Programm, den revolutionären Ruf unserer Bewegung, unserer Kämpfer, unserer Organisationen mit Überzeugung verteidigen. Wir werden die Aufmerksamkeit der gesamten revolutionären Avantgarde der Welt und aller fortgeschrittenen Elemente, an die wir den Appell zur Verteidigung der jugoslawischen Sache richten, auf jeden Schritt abseits vom Wege der Wahrheit, den gewisse Eurer Führer tun, auf jede falsche Position und auf alle jene Methoden des Kampfes, die dem fauligen Arsenal der Kremelführer entliehen sind, lenken.

Unterschätzt nicht das kritische Denkvermögen der Elemente der internationalen revolutionären Avantgarde, von der Ihr Unterstützung fordert. Sie werden über alle Eure Taten, über Eure gesamte Linie urteilen und nicht nur über jenen Teil, der Euren Kampf gegen den Kreml betrifft.

Ihr selber sagt, daß die Wahrheit siegt und siegen werden Jawohl, sie wird siegen!

1. Dezember 1949

Das Internationale Sekretariat
der Vierten Internationale

=====

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG

In der Jännernummer des "Spartakist" muß es in dem Artikel "Eine notwendige Zwischenbilanz" auf Seite 17, zweiter Absatz, Zeile 2 richtig heißen: ".....tatsächliche Einheit in der Praxis und die Einheit in der Aktion...."

=====

Redaktionsschluß: 13.3.50